

A/2832



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM DES INNERN
UND FÜR SPORT

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Herrn Präsidenten
des Landtags
Rheinland-Pfalz
55022 Mainz

Landtag Rheinland Pfalz
18.04.2017 15:47
Tgb.-Nr.



DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

13. April 2017

Mein Aktenzeichen
365 V -010-S-100008-
0000- /2017
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Anne Vogelsberger
Anne.Vogelsberger@mdi.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-3803
06131 16-173803

Kleine Anfrage der Abgeordneten Pia Schellhammer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
betr. Lagebild über Reichsbürgerbewegung in Rheinland-Pfalz

- Kleine Anfrage 17/2663 -

Vorbemerkung:

Nach Bewertung der Landesregierung handelt es sich bei sogenannten Reichsbürgern und Selbstverwaltern um ein heterogenes Spektrum von Einzelpersonen und Gruppierungen, das nur zum Teil Überschneidungen zum Rechtsextremismus aufweist. Das „Reichsbürger“-Spektrum entwickelt in jüngerer Zeit bundesweit verstärkt Aktivitäten. Fälle von Gewaltanwendung bis hin zum Schusswaffengebrauch verdeutlichen die Gefahren, die von Protagonisten dieser Szene ausgehen. Die Landesregierung verfolgt die Entwicklung daher mit großer Aufmerksamkeit; dem Tun der „Reichsbürger“ wird entschieden begegnet. Diesem Zweck dienen u.a. eine umfassende Bestandsaufnahme und die zum Zeitpunkt der Anfrage noch nicht endgültig abgeschlossene Analyse der rheinland-pfälzischen „Reichsbürger“-Szene durch den Verfassungsschutz sowie die Konzeption zielführender Maßnahmen gegen selbige.

1/3

Kernarbeitszeiten
09.00-12.00 Uhr
14.00-15.00 Uhr
Freitag 09.00-12.00 Uhr

Verkehrsanbindung
ab Mainz Hauptbahnhof
Straßenbahnlinien
Richtung Hechtsheim 50,51,52

Parkmöglichkeiten
Parkhaus Schillerplatz,
für behinderte Menschen
Hofeinfahrt Mdl, Am Acker

Tag der
Deutschen Einheit
Mainz
2.-3. Oktober 2017



Es ist beabsichtigt, nach Abschluss der Auswertung der Bestandsaufnahme den Innenausschuss des Landtags umfänglich zu unterrichten.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Nach dem bisherigen Stand der Datenerhebung und der Auswertung wird davon ausgegangen, dass das Potenzial der belastbar dem „Reichsbürger“-Spektrum zuzurechnenden, aktiven Personen bei rund 400 liegt.

Zu Frage 2:

Die Daten wurden mittels einer Ressortabfrage erhoben. Seitens des Ministeriums des Innern und für Sport wurde unter Einbindung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion die Abfrage bis auf die Ebene der Kommunalbehörden gesteuert, um zu einem möglichst umfassenden Lagebild zu gelangen.

Zu Frage 3:

Es zeichnet sich ab, dass das hiesige „Reichsbürger“-Spektrum weit überwiegend aus unorganisierten Einzelpersonen besteht; eine Zugehörigkeit zu Gruppen(-strukturen) bildet eher die Ausnahme. Ebenso dürfte die Schnittmenge zum rechtsextremistischen Spektrum im Land gering sein. Die im Zuge der Bestandsaufnahme bekannt gewordenen Aktivitäten sogenannter Reichsbürger und Selbstverwalter konzentrieren sich mit Schwerpunkt auf das Verfassen von an Behörden gerichtete Schreiben. In geringerer Zahl erfolgen unmittelbare Kontaktaufnahmen. Ein bekennendes Auftreten in der Öffentlichkeit - z.B. im Zuge von Demonstrationen - findet nicht statt. In vielen Fällen bekannt gewordene gleichartige Schriften, Verlautbarungen etc. deuten darauf hin, dass man sich offenkundig diverser, im Internet abrufbarer einschlägiger Texte bedient.



Zu Frage 4:

Die Landesregierung verfolgt bei ihrem Vorgehen gegen das „Reichsbürger“-Spektrum eine „Null-Toleranz-Linie“; alle Stellen der öffentlichen Verwaltung sind bereits jetzt gehalten, im Einzelfall von ihren rechtlichen Möglichkeiten konsequent und ereignisnah Gebrauch zu machen. Um darüber hinaus ein konzertiertes und nachhaltiges Vorgehen zu gewährleisten, werden nunmehr auf der Grundlage der Auswertungsergebnisse und unter Einbindung aller Ressorts zusätzliche Maßnahmen konzipiert. Vorrangiges Ziel ist es, alle von dem Phänomen betroffenen Stellen nachhaltig zu unterstützen. Im Zuge der Planungen wird besonderes Augenmerk nicht zuletzt auf mögliche Gefährdungsspekte gerichtet.

In Vertretung

Günter Kern
Staatssekretär